

A u f z e i c h n u n g

des Gesprächs vom 28. September 1972 zwischen Bundesrat Pierre Graber und Aussenminister Walter Scheel anlässlich des offiziellen Besuchs des Präsidenten der Bundesrepublik Deutschland, Gustav W. Heinemann.

Am Gespräch, das eine Stunde dauerte, nahmen teil

auf schweizerischer Seite:

Bundesrat P. Graber	Vorsteher des Politischen Departements
Botschafter E. Thalmann	Generalsekretär des EPD
Botschafter H. Lacher	Missionschef in Köln
Minister H. Miesch	Chef des Politischen Dienstes Ost
Eduard Brunner	Politisches Sekretariat
Karl Fritschi	Politischer Dienst Ost (Aufzeichnung)
Jean-Pierre Ritter	Rechtsabteilung
Benedict von Tscharner	Integrationsbüro

auf westdeutscher Seite:

Minister Walter Scheel	Aussenminister der BRD
Botschafter Josef Löns	Missionschef in Bern
Botschaftsrat Wolfgang Göttelmann	Botschaft in Bern
VLR I Josef Thomas	Referat Schweiz, AA
LR I Heinrich Graf von Bassewitz	Pressereferat AA
A. Nordenskjöld	Persönl. Referent von Minister Scheel

1. Nach gegenseitiger Begrüssung erinnert Aussenminister Scheel mit dem Hinweis, er sei nun bereits zweimal nacheinander auf Besuch in der Schweiz, seine Einladung an Bundesrat Graber, die Bundesrepublik zu besuchen. Es sei seinerzeit vereinbart worden, den Zeitpunkt auf dem üblichen diplomatischen Weg festzusetzen. Die westdeutsche Seite würde sich glücklich schätzen, wenn sie den Vorsteher des Politischen Departements in Bonn bald empfangen könnte.

2. Der Regierungsausschuss, der bis heute im Rahmen des schweizerisch-westdeutschen Handelsabkommens tagte, ermöglichte zwischen den beiden Ländern eine Zusammenarbeit, die im Laufe der Zeit weit über das ursprünglich gesetzte Ziel hinausging. Herr Scheel unterstützt den schweizerischen Vorschlag, das Mittel und Wege gesucht werden sollten, dieses nützliche Gremium auch in Zukunft zu erhalten; er wird veranlassen, dass bis zu dessen nächster Sitzung im November in Schaffhausen von westdeutscher Seite Vorschläge unterbreitet werden, auf welche Weise dies wird geschehen können.

3. Ueber das norwegische Abstimmungsergebnis betreffend den EWG-Beitritt erklärt sich Herr Scheel enttäuscht, zumal dieser Ausgang der Volksbefragung anlässlich seines letzten Norwegen-Besuchs nicht vorauszusehen gewesen sei. Unterdessen habe jedoch eine demagogische Kampagne den Mangel an Information hemmungslos ausgenützt. Das Resultat sei für alle Europäer bedauerlich. Es gehe indessen nun darum, dass die EWG sich davor hüte, eine gefühlsmässige Verärgerung zur Grundlage ihrer künftigen Haltung gegenüber Oslo zu machen; es gelte vielmehr, möglichst rasch eine Lösung zu finden, die den norwegischen Bedürfnissen Rechnung trage.

Mit Bezug auf die Abstimmung in Dänemark ist Herr Scheel optimistisch; der Gang der Dinge in Norwegen werde eher eine heilsame Wirkung auf die dänischen Wähler ausüben.

Oslo wird in westdeutscher Sicht nun sicher alle Energien darauf verwenden wollen, den Kontakt mit den andern europäischen Ländern nicht zu verlieren. Wichtig sei vorallem, dass in diesem Land keine isolationistischen Tendenzen Ueberhand nehmen würden.

4. Was die Verhandlungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR betrifft, so geht es Bonn darum, dass die Frage der Wiedervereinigung nicht endgültig abgeschrieben wird. Es gibt noch keinen Friedensvertrag, und diese Tatsache soll gerade auch im Hinblick auf den UNO-Beitritt der beiden deutschen Staaten in einer Erklärung der Viermächte festgehalten werden.

Auch eine Normalisierung der Beziehungen zwischen der BRD und der DDR darf nicht bedeuten, dass die Deutsche Frage endgültig gelöst ist. Es müssen deshalb im künftigen Grundvertrag Bestimmungen aufgenommen werden, welche das Zusammenleben der deutschen Nation betreffen, die Rechte und Verantwortlichkeiten der Viermächte festhalten und die innerdeutschen Beziehungen in ihrer Qualität umreißen; in letzterer Frage kann es sich nur um Nuancen handeln, diese müssen aber erkennbar sein.

Ueber alle diese entscheidenden Aspekte des künftigen Grundvertrags ist mit Pankow bis heute noch keine Einigung erzielt worden. Es gibt eine Reihe von Anzeichen, dass es noch vor den westdeutschen Wahlen zum Abschluss der Verhandlungen kommen wird. Die gegenwärtige Regierung wird indessen nicht unter Zeitdruck handeln und keinerlei Einbussen in der Qualität des Grundvertrags hinnehmen.

5. Zum Verhältnis zwischen Europäischer Sicherheitskonferenz und MBFR im Hinblick auf deren Vorbereitung und Durchführung äussert sich Herr Scheel wie folgt:

Der Terminplan (Beginn der Vorbereitung der Sicherheitskonferenz am 22.11.1972 und der MBFR im Januar 1973) kann mit der von der NATO aufgestellten Forderung nach einem "Parallelismus" vereinbart werden; dasselbe gilt für den Beginn der eigentlichen Verhandlungen (Sicherheitskonferenz im Juni und MBFR im Oktober 1973). Man wird allerdings erst etwas über die Verhandlungen sagen können, wenn deren Vorbereitung tatsächlich konkrete Ergebnisse erzielt haben wird.

Was nun den Zusammenhang zwischen Sicherheitskonferenz und MBFR angeht, so soll erstere Konferenz zwar auch Sicherheitsaspekte behandeln, jedoch nicht konkrete Verhandlungen über Truppenstärken und ihre Reduzierung führen: an solchen Verhandlungen würden nur Länder teilnehmen, die direkt betroffen sind, weil sich ihre Territorien in der Zone befinden, um die es geht, oder weil sie in dieser Zone Truppen stationiert haben.

Es wird dabei ein sehr kompliziertes Konsultations- und Mitteilungsverfahren notwendig sein: innerhalb der NATO und mit den westeuropäischen Ländern, die - wie die Schweiz - sehr daran interessiert sind, sich aber nicht beteiligen wollen. Diese Orientierung kann bilateral geschehen. Bonn ist dazu bereit, namentlich gegenüber der Schweiz.

Mit Bezug auf die konkreten Massnahmen auf dem Gebiete der MBFR gilt es, die diesbezüglichen Verhandlungen streng von denjenigen der Sicherheitskonferenz zu trennen.

6. Mit Bezug auf die EWG-Gipfelkonferenz vom nächsten Oktober ist gemäss Herrn Scheel eine peinliche Diskussion darüber entstanden, ob für deren Erfolg genügend Aussicht bestehe. In der Sicht Bonns geht es vor allem darum, dass sich die neun Regierungschefs persönlich treffen und sich über wichtige politische Fragen ohne allzuviel Formalismus unterhalten.

Es ist in den letzten Monaten versucht worden, die wesentlichen Tagesordnungspunkte vorzubereiten. Es geht um drei Kernprobleme: 1. Weiterentwicklung der Währungs- und Wirtschaftsunion, 2. Rolle der Europäischen Gemeinschaft in der Welt, 3. Politische Zusammenarbeit und Stärkung der Institution. Zu diesen drei Punkten äussert sich Herr Scheel wie folgt:

ad 1. Es ist dies ein für Frankreich wichtiges Traktandum, weil Paris konkrete Abmachungen und nicht bloss vage Zukunftsaussichten will. Das Ziel ist eine volle Währungsunion, die bis in zehn Jahren verwirklicht würde. Im Sinne eines ersten konkreten Schrittes wird es voraussichtlich zur Bildung des Europäischen Fonds für währungspolitische Zusammenarbeit kommen.

ad 2. Die erweiterte Gemeinschaft muss sich in der Sicht Bonns zu einer weltoffenen Wirtschafts- und Handelspolitik verpflichten. Hiefür müssen die notwendigen Instrumente geschaffen werden. Es geht dabei nicht nur um die Bereitschaft, mit den USA darüber zu sprechen, sondern auch um die Institutionalisierung der Beziehungen. Dasselbe gilt für Japan.

Die Politik gegenüber den Entwicklungsländern muss - wie dies Frankreich empfiehlt - universalisiert werden. Die koloniale Vergangenheit einzelner Mitglieder soll nicht wegleitend sein, auch wenn bestehende traditionelle Bindungen (Afrika) berücksichtigt werden.

Auch in bezug auf die Staatshandelsländer wird eine liberale Politik zum Ziel gesetzt.

Zwischen den Mitgliedern der Gemeinschaft besteht ein hohes Mass an Einvernehmen und Koordination im Hinblick auf die Europäische Sicherheitskonferenz.

ad 3. Die politische Zusammenarbeit zwischen den EWG-Staaten erfolgt in geräuschloser und guter Weise. Sie basiert nicht zuletzt auf engen menschlichen Beziehungen. (Vergleiche die wirkungsvolle politische Zusammenarbeit im Falle von Bangladesch, auch wenn es an der zeitlichen Koordination noch etwas haperte).

Die Frage des politischen Sekretariats ist zu sehr in den Vordergrund gestellt worden. Es geht um die Zusammenarbeit, den Ort und um Personen. Bei diesem Problem geht es darum, dass sich die ganze Diskussion nicht in eine falsche Richtung bewegt. Am besten wird man diese Frage fürs nächste auf sich beruhen und die Zeit reifen lassen.

Was den Ausbau der Institutionen, namentlich die Stärkung der demokratischen Kontrollfunktionen betrifft, so wird es sich vorerst um gewisse Anfangsmassnahmen im Sinne einer bessern Koordination handeln müssen. In Richtung auf die Stärkung der Kompetenzen des Parlaments wird man behutsam vorzugehen haben.

Alles in allem genommen, es ist wichtig, dass die politische Zukunftsperspektive - eine gemeinsame Regierung, welche eine demokratische Struktur hat - einmal bestätigt wird.

7. Was die Bekämpfung des Terrorismus betrifft, so ist Bonn zu jeder Form von Zusammenarbeit bereit. Wegen der deutschen Vergangenheit und der westdeutschen Beziehungen zu Israel ist die Bundesrepublik besonders anfällig. Herr Scheel hat nach seinen Worten angeregt, nicht nur innerhalb der EWG die Fragen erhöhter Sicherheit zu prüfen, sondern auch im Rahmen der UNO entsprechende Konventionen zu entwickeln und zu vereinbaren.